

I. Vorlage

Beratungsfolge - Gremium	Termin	Status
Bau- und Werkausschuss	20.05.2020	öffentlich - Beschluss
Verkehrsausschuss	03.07.2020	öffentlich - Beschluss
Finanz- und Verwaltungsausschuss	22.07.2020	öffentlich - Beschluss

Vorlage zum Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.05.2020 - Einrichtung von Pop-Up-Radwegen

Aktenzeichen / Geschäftszeichen	
Anlagen:	

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur kommenden Finanzausschuss-/Stadtratssitzung (22.07.2020) die Einrichtung von PopUp-Radwegen in der

- Nürnberger Straße zwischen Jakobinenstraße und Königstraße
- Jakobinenstraße im Bereich der Bahnunterführung
- Gebhardtstraße von der Jakobinenstraße bis zur Kurgartenstraße
- Schwabacher Straße südlich der Bahnunterführung bzw. Amalienstraße

zu prüfen und mindestens zwei Vorschläge zu unterbreiten.

Sachverhalt:

Das zuständige Straßenverkehrsamt teilt in Beantwortung des Antrags folgendes mit:

Die Bundeshauptstadt Berlin hat offenbar in einigen Bezirken kurzfristig „Popup-Radwege“ eingeführt. Dabei wurde der Fahrbahnquerschnitt durch Fahrstreifenbegrenzungen (Verkehrszeichen 295 StVO) und Verkehrseinrichtungen (Leitbaken) faktisch neu aufgeteilt.

Die Wirkungen derartiger Eingriffe sind nicht evaluiert, Erfahrungen liegen nicht vor. Für die Abtrennung auf Hauptverkehrsstraßen wären umfangreiche Eingriffe in den öffentlichen Verkehrsraum erforderlich, die erhebliche Kosten (z.B. lfd. Meter Gelbmarkierung rund 5 EUR) verursachen und zudem auch aus Umweltgründen fragwürdig sind (Folienmaterial, Kleber auf Folie, Primer zum Aufbringen auf den Fahrbahnbelag).

Gegenwärtig ist der öffentliche Straßenverkehr ohnehin deutlich ausgedünnt. Für die Neuaufteilung bestehender Fahrstreifen und der Beschränkung des öffentlichen Verkehrsraumes durch die Anordnung von Fahrbahnmarkierungen und Verkehrseinrichtungen besteht kein hinreichen-

der Grund für eine Anordnung nach § 45 Abs. 1 StVO. Vielmehr ist das Anliegen unter Verweis auf § 45 Abs. 9 StVO abzulehnen.

Die Polizeiinspektion Fürth sieht ebenfalls keine Notwendigkeit für Eingriffe in den Verkehr, es liegen auch keinerlei Erkenntnisse über eine besondere Unfallentwicklung vor.

Das Baureferat der Stadt Fürth teilt die Bedenken der Straßenverkehrsbehörde. Die aktuelle Verkehrssituation ermöglicht nach wie vor unbeeinträchtigtes Fahrradfahren auf allen Straßen, so dass keine aufwändige, ressourcenbeanspruchende Infrastruktur ausgewiesen werden muss. Außerdem ist nicht klar, wie lange die Ausgangs- / Kontaktbeschränkungen angeordnet werden, also die Situation anhält.

Da die Friedrichstraße die Hauptanfahrtsroute der Feuerwehr in den Süden ist und ohnehin immer wieder durch Liefertätigkeiten beeinträchtigt wird, scheidet dort die Abtrennung eines Fahrstreifens für den Radverkehr aus.

Auch für die Nürnberger Straße gilt die Problematik der Beeinträchtigungen durch Lieferverkehr. Eine vollständige Abtrennung eines Fahrstreifens für den Radverkehr hätte auch hier nicht hinnehmbare Konsequenzen insbesondere für Rettungsdienste zur Folge.

Aus Sicht der Verwaltung ist der Antrag abzulehnen.

Finanzierung:

Finanzielle Auswirkungen		jährliche Folgekosten	
<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Gesamtkosten	€
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Hst.	Budget-Nr.
wenn nein, Deckungsvorschlag:		im	<input type="checkbox"/> Vwhh <input type="checkbox"/> Vmhh

Auswirkungen auf die ökologische Zukunftsfähigkeit:

Bestehen Auswirkungen auf die ökologische Zukunftsfähigkeit?	
<input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage	<input checked="" type="checkbox"/> Nein

Beteiligungen

- II. BMPA / SD zur Versendung mit der Tagesordnung
- III. Beschluss zurück an **Straßenverkehrsamt**

Fürth, 19.05.2020

gez. Kreitinger

Unterschrift der Referentin bzw.
des Referenten

Straßenverkehrsamt

Folgende Beratungsergebnisse sind vorhanden:

Ergebnis aus der Sitzung: Bau- und Werkausschuss am 20.05.2020

Protokollnotiz:

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird der Antrag einvernehmlich in die nächste Sitzung des Verkehrsausschusses verwiesen.

Beschluss:

Beschluss: Vorlage verwiesen in anderes Gremium

Ergebnis aus der Sitzung: Verkehrsausschuss am 03.07.2020

Protokollnotiz:

Der Vorsitzende regt an, die TOP´s mit den Anträgen zu PopUp-Radwegen wegen anwesender Zuhörer nach vorne zu ziehen. Mit dem Vorschlag besteht allgemein Einverständnis. Das Thema PopUp-Radwege wird durch die Stadtratsmitglieder Riedel, Steffen, Wallnöfer, Ledenko, Dr. Döhla, Schönweiß und Ammon intensiv diskutiert. Von der Einrichtung eines PopUp-Radweges in der Friedrichstraße wird schließlich Abstand genommen. Aus der Diskussion heraus wird der Beschlussvorschlag der Verwaltung geändert und zur Abstimmung gestellt. Es wird der Prüfauftrag zur Einrichtung von PopUp-Radwegen in der

- Nürnberger Straße zwischen Jakobinenstraße und Königstraße
- Jakobinenstraße im Bereich der Bahnunterführung
- Gebhardtstraße von der Jakobinenstraße bis zur Kurgartenstraße
- Schwabacher Straße südlich der Bahnunterführung bzw. Amalienstraße

erteilt. Das Ergebnis ist im nächsten Finanzausschuss/Stadtrat zu behandeln

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur kommenden Finanzausschuss-/Stadtratssitzung (22.07.2020) die Einrichtung von PopUp-Radwegen in der

- Nürnberger Straße zwischen Jakobinenstraße und Königstraße
- Jakobinenstraße im Bereich der Bahnunterführung
- Gebhardtstraße von der Jakobinenstraße bis zur Kurgartenstraße
- Schwabacher Straße südlich der Bahnunterführung bzw. Amalienstraße

zu prüfen und mindestens zwei Vorschläge zu unterbreiten.

Beschluss: mit Mehrheit beschlossen

Ja: 10 Nein: 4 Anwesend: 17